

Betr.: Stadtpark-Alleebäume/
Einbindung externer ExpertInnen

MÜNDLICHE ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Gemeinderat Alexander Perissutti
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 17. Februar 2005

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wie gestern den Medien zu entnehmen war, steht dem Grazer Stadtpark ein Kahlschlag ärgsten Ausmaßes ins Haus: Alle 123 Bäume in der Montclair- und Dubrovnik-Allee sollen demnach den Motorsägen zum Opfer fallen. Ein Vorhaben, das zunehmend für Irritationen sorgt: Denn im Gegensatz zu Aussagen, wonach Denkmalschutz und Naturschutz grünes Licht für diesen Total-Kahlschlag gegeben hätten, hört man nun gerade aus diesen Bereichen heraus Bedenken gegen einen derartigen Radikalschnitt. Vor allem scheint sich nämlich abzuzeichnen, dass es aus den ursprünglich genannten Sicherheitsgründen heraus gar nicht notwendig wäre, alle 123 Bäume zu fällen. Zumindest muss man zu diesem Schluss kommen, wenn man die nun geäußerten Begründungen für diese Abholzung betrachtet. Denn da werden vor allem auch optische Überlegungen, das einheitliche Gesamtbild, ins Treffen geführt.

Abgesehen davon, dass die „Optik“ der Stadtpark-Alleen wohl nicht eine Frage sein kann, die im kleinsten Kreis entschieden wird, da dies ja eine Angelegenheit ist, die alle Grazerinnen und Grazer betrifft, muss man auch grundsätzlich hinterfragen, ob allein dieser Optik wegen ein über ein Jahrhundert gewachsenes ‚Naturdenkmal‘ mit einem Schlag vernichtet werden soll? Oder ob es der Gartenstadt Graz nicht besser zu Gesicht stünde, einen derartigen Kahlschlag im Herzen der Stadt, im wichtigsten innerstädtischen Erholungsraum, der gleichzeitig die „Visitenkarte“ unserer Stadt darstellt, nach Möglichkeit zu vermeiden?

In anderen Städten sind vor derartigen weit reichenden Maßnahmen umfassende Prüfungen üblich. In Deutschland etwa werden detaillierte statische und anatomische Untersuchungen durchgeführt, da werden mit so genannten ‚Zugtests‘ Äste und Kronen überprüft - denn eine visuelle Beurteilung allein ist natürlich viel zu wenig. Und gerade dieser Umstand wird nun von profunden KennerInnen des Stadtparks vermehrt kritisiert: Dass man sich hier vor allem auf visuelle Begutachtungen verlassen

hätte, dass externe ExpertInnen nicht zu Rate gezogen worden wären, dass beileibe nicht alle Bäume unrettbar krank wären und damit ein Gefährdungspotenzial darstellten und dass auch Möglichkeiten wie Boden- und Wurzelbehandlungen nicht in ausreichendem Maße in Betracht gezogen worden wären. Mit einem Wort: Von der Substanz dieser Allee-Bäume her wäre die Totalschlägerung nicht notwendig, stattdessen könnte man mit Einzelschlägerungen und entsprechenden Nachpflanzungen das Auslangen finden, wodurch der Stadtpark nicht mit einem Schlag eines Naturdenkmals beraubt würde.

In diesem Sinne stelle ich daher namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister

die Anfrage,

ob Sie im Rahmen Ihrer Koordinierungskompetenz bereit sind, nicht doch noch einen Anlauf zur Rettung dieses Naturdenkmales zu setzen und externe ExpertInnen mit einer detaillierten Untersuchung gemäß Motivenbericht zu beauftragen, damit wirklich nur jene Stadtparkbäume gefällt werden, die nicht zu retten sind und daher ein Sicherheitsrisiko darstellen?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, am 17. Februar 2005

Gemeinderätin Mag^a. Ulrike Taberhofer

Anfrage an den Bürgermeister

Betrifft: Totalschlägerung der Stadtparkallee

In den letzten Tagen konnte man den Medien entnehmen, dass eine Totalschlägerung der Stadtparkallee von Experten begrüßt worden sei. Abgesehen davon, dass es durchaus auch WissenschaftlerInnen gibt, die sich vehement gegen eine solche Vorgehensweise aussprechen, liegt es in der Verantwortung der Stadt, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die Stadtparkallee zu retten. Das ist nicht nur im Sinne des Umweltschutzes wichtig, sondern man muss dabei auch bedenken, dass der Stadtpark eine soziale Funktion für die Menschen in unserer Stadt hat, die nicht mobil sind. Als Stadt haben wir außerdem auch die Aufgabe, vorsorgenden Umweltschutz zu betreiben und das würde z.B. in Bezug auf den Stadtpark bedeuten, auf Perspektive Rückbauten von Verkehrsflächen vornehmen zu lassen. Das gilt auch für andere Bereiche in unserer Stadt wie z. B. den Schlossberg.

Deshalb stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Anfrage:

Welche Möglichkeiten sehen Sie, im Sinne eines vorsorgenden Umweltschutzes, Maßnahmen am Schlossberg zu treffen, damit nicht die selben Probleme beim Baumbestand auftreten können, wie jetzt im Stadtpark?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, am 17. Februar 2005

Gemeinderat: Johann Slamanig

Anfrage an den Bürgermeister

Betrifft: Stadtmuseum – Argumente gegen Rechtsform GmbH

Der frühere Leiter des Kulturamtes der Stadt München, Dr. Helmut Hanko, hat an den Beratungen des Projektkernteam am 24. November 2004 über das Stadtmuseum teilgenommen und anschließend eine Stellungnahme zur Vorlage abgegeben, die in der Gemeinderatssitzung am 20. Jänner abgestimmt wurde.

Seine Argumente für die Beibehaltung des Eigenbetriebes mit verbessertem Organisationsstatut sind so überzeugend und schlüssig, dass sie mich veranlassen, an Sie, sehr verehrter Herr Bürgermeister, diese Anfrage zu stellen.

Dr. Hanke sieht – kurz zusammengefasst – keine stichhaltigen Begründungen für eine GmbH-Lösung und auch keinen erkennbaren wirtschaftlichen Vorteil darin. Seiner Meinung nach würde entweder ein kleiner Betrieb mit erheblichem Sach- und Rechtsaufwand entstehen – oder es handelt sich um einen Baustein für beliebige größere Einheiten, verbunden mit dem Verlust inhaltlicher und operativer Selbständigkeit.

Das Stadtmuseum ist für Graz eine so bedeutende Institution, dass es sich wirklich lohnen würde, sich den Argumenten für eine Eigenlösung anzuschließen!

Ich ersuche Sie, sehr verehrter Herr Bürgermeister eindringlich, diese Argumente nochmals anzusehen, um letztendlich für die meines Erachtens wesentlich vernünftigeren „Eigenlösung“ einzutreten.

Als Mandatar mache ich sie auch darauf aufmerksam, dass die ICG-Studie, welcher der Gemeinderatsbeschluss zugrunde liegt, erst am 17. 1. 2005 zugänglich gemacht worden ist.

Deshalb richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens der KPÖ-Fraktion folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, die Entscheidung „Stadtmuseum Neu“ nochmals zu überdenken?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, am 17. Februar 2005

Gemeinderat: Sepp Schmalhardt

Anfrage an den Bürgermeister

Betrifft: **Dringlicher Antrag vom 22. April 2004 – Rückabwicklung des Stadtwerke Verkauf**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Mittels dringlichen Antrages der SPÖ wurden die zuständigen Organe der Grazer Stadtwerke AG beziehungsweise der Energie Graz ersucht, die Machbarkeit der Rückabwicklung der Veräußerung des 49 Prozent-Anteils an die Estag durch die Stadtwerke AG in Bezug auf die finanziellen und zeitlichen Rahmenbedingungen zu überprüfen und dem Eigentümer bis Ende Juni 2004 die Ergebnisse zur Kenntnis zu bringen.

Namens der KPÖ Gemeinderatsfraktion stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage:

Liegen die Ergebnisse dieser Prüfung vor; bzw. bis wann werden sie dem Gemeinderat zur Kenntnis gebracht?

Klubobfrau, Gemeinderätin
Mag. Maxie Uray-Frick

Herrn
Bürgermeister
Mag. Siegfried Nagl
Rathaus
8010 Graz

16. Februar 2005

Betr.: Neuorganisation des Wohnungsamtes; mündliche Anfrage

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Dass heute in der Fragestunde eine Vertreterin der KPÖ die vom KDZ erstellte strategische Analyse als mangelhaft bezeichnet, ist ja verständlich, zeigt sie doch, dass unter dem für das Wohnungsamt zuständigen Stadtrat Kaltenegger das Ressort konzeptlos und in alter „Weiterwurstelmanier“ verwaltet wird.

Mangelhaft ist nicht die Analyse, die zu Tage bringt, dass im Städtevergleich Graz mit wesentlich höherem Personaleinsatz eine weniger effiziente Verwaltung aufweist, sondern mangelhaft scheint mir die Ressortverwaltung, die sich dem Auftrag einer modernen effizienten Verwaltung offensichtlich verweigert.

Wenn auch die Kundenzufriedenheit eine hohe ist, was vor allem auch auf das Engagement der MitarbeiterInnen zurückzuführen ist, so scheint mir doch dringender Handlungsbedarf gegeben, der aber offensichtlich aus der Ressortverantwortung nicht zu erreichen ist. Geortete Einsparungspotentiale und Steigerung der Effizienz sind meines Erachtens aber eine Aufgabe der zentralen Verwaltung und liegen nicht alleine in der Kompetenz des einzelnen Stadtrates.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

ob du bereit ist, in Verantwortung deiner Funktion als Vorstand des Magistrats eine Umstrukturierung bzw. Neuorganisation des Wohnungsamtes unter Einbeziehung der Empfehlungen des KDZ in Angriff zu nehmen.

Gemeinderätin
Dr. Andrea Sickl

Herrn
Bürgermeister
Mag. Siegfried Nagl
Rathaus
8010 Graz

17. Februar 2005

Betr.: Schlossbergliftbenützung durch Jahreskartenbesitzer; mündliche Anfrage

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Der Schlossberg, nicht nur Wahrzeichen von Graz, sondern auch beliebter Ausflugsort, vor allem von Pensionisten und jungen Familien, kann zu Fuß, per Bahn oder mit dem Lift erreicht werden. Vor allem die letztere Variante, der Lift, wird von älteren und gehbehinderten Personen, aber auch von Familien mit Kinderwägen gerne benutzt. Bislang konnten Inhaber von GVB-Fahrscheinen den Lift ohne zusätzliche Kosten benutzen.

Seit 1.1.2005 muss man für die Benützung des Liftes einen eigenen Fahrschein um 50 Cent erwerben. Für die Benützung des Liftes, die vor dem 1.1.2005 für Monats- oder Jahreskarten kostenlos war, sind jetzt ebenfalls extra 50 Cent zu bezahlen. Dies ist sicher nicht im Sinne einer Kundenfreundlichkeit und für „Stammkunden“, wie dies die Käufer von Monats- oder Jahreskarten zweifellos sind, nicht das richtige Signal.

Graz hat sich damit auf seinem Wahrzeichen kein „wahres Zeichen“ gesetzt. Genau jene Grazerinnen und Grazer, die in Zeiten von Smog, Feinstaub, Verkehrschaos und Co. auf die Benützung öffentlicher Verkehrsmittel setzen, werden wieder zur Kasse gebeten.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher die

A n f r a g e ,

ob Sie bereit sind, mit den Grazer Verkehrsbetrieben in diesem Sinne das Gespräch zu suchen, damit die Besitzer von GVB Karten wieder kostenlos den Lift auf den Schlossberg benutzen können?

Gemeinderat
Alexander Lozinsek

Herrn
Bürgermeister
Mag. Siegfried Nagl
Rathaus
8010 Graz

17.02.2004

Betreff: Arbeitskreis „Sicherheit“ mündliche Anfrage

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Am 26. Jänner luden sie zur ersten Sitzung des vom Gemeinderat im September vorigen Jahres mehrheitlich beschlossenen Arbeitskreises „Sicherheit“ ein. Ich durfte für meine Fraktion an dieser ersten Sitzung teilnehmen und ich möchte nicht verhehlen, dass ich mir doch einiges von diesem Arbeitskreis zum Thema Sicherheit in Graz unter Einbeziehung von Experten erhofft habe bzw. immer noch erhoffe. Ähnlich der Arbeit im Gemeindeumweltausschuss bezüglich der Feinstaubproblematik dachte ich zunächst, dass auch hier parteiübergreifend zusammengearbeitet würde und zwar in diesem Fall zur Hebung der subjektiven und objektiven Sicherheit in Graz, wohl wissend, dass ein direkter Vergleich eines Arbeitskreises mit den Grundlagen und Möglichkeiten eines Gemeindeumweltausschusses nicht zulässig ist.

Meine Hoffnungen diesbezüglich mussten jedoch bald der Enttäuschung weichen. Der Tatsache, dass keine Tagesordnung zur Orientierung vorlag räumte ich zunächst keine großen Bedeutung ein. Eine standardmäßige Konstituierung kommt sicherlich ohne Tagesordnung aus, doch statt einer Konstituierung im Allgemeinen folgte zunächst ein mehr als halbstündiger Dialog zwischen Ihnen und der Polizei. Die geladenen Gemeinderäte durften zwar anschließend zum, von Ihnen bereits vorgegebenen Schwerpunktthema, Fragen, Ideen und Anregungen einbringen; diese fanden jedoch keinerlei Berücksichtigung in einem Protokoll oder ähnlichen schriftlichen Aufzeichnung. Von einer Beschlussfassung über die weitere Vorgangsweise, klare Zielsetzungen oder gar Berichtspflicht über durchzuführende Maßnahmen und deren Wirksamkeit ganz zu schweigen. Das uns auf Anfrage meiner Kollegin Gemeinderätin Jahn versprochene Protokoll langte nie ein, stattdessen schickte man uns unter dem Titel „Protokoll“ ihre zu diesem Treffen verfasste Presseaussendung.

Die starke Präsenz der Medien bei dieser Zusammenkunft lässt vielmehr den Schluss zu, dass es sich bei diesem Treffen nicht um die Erarbeitung von Lösungsvorschlägen zur Behebung von Sicherheitsdefiziten in unserer Stadt handelte, sondern vielmehr um die Selbstdarstellung ihrer Person. Lockere

„Kamingespräche“ mögen durchaus etwas für sich haben und es sei ihnen als Bürgermeister auch unbenommen diese zum Thema Sicherheit regelmäßig abzuhalten, der Intention des von meiner Kollegin Gemeinderätin Dr. Andrea Sickl eingebrachten dringlichen Antrages entspricht diese ihre Vorgangsweise sicherlich nicht.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

ob Sie im Interesse der Grazer Bevölkerung bereit sind, dem am 13. September des Vorjahres durch meine Kollegin Dr. Andrea Sickl eingebrachten und von der Mehrheit im Grazer Gemeinderat beschlossenen dringlichen Antrag endlich Folge zu leisten und einen Arbeitskreis „Sicherheit“ einzurichten mit dem Ziel einen Sicherheitskatalog für die Stadt Graz zu erarbeiten?